

## Hintergrundpapier

Nr. 10 / Juni 2012

### Ukraine: Sprache als Sprengstoff – Gesetzentwurf berührt die nationale Idee

Miriam Kosmehl

*Am 5. Juni 2012 nahm das ukrainische Parlament den umstrittenen Gesetzentwurf „Über die Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik“ in erster Lesung an. In diesem steckt politische und soziale Sprengkraft, hat er doch das Potential, Ukrainisch als identitätsstiftendes Element zugunsten von Russisch weiter zu verdrängen.*



Genau der Gesetzentwurf, der noch am 24. Mai für eine auch in deutschen Medien viel dokumentierte Schlägerei in der *Werchowna Rada* zwischen Befürwortern und Gegnern sorgte, wurde kurz vor der Europameisterschaft 2012 ohne jegliche Diskussion mit 234 von 450 Stimmen angenommen. Die zweite Lesung wurde vom ursprünglich vorgesehenen 19. Juni auf einen noch unbekanntem Zeitpunkt nach der EM verschoben.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass jede der achtzehn(!) in der Ukraine existierenden „regionalen und Minderheitensprachen“, wenn sie von mindestens 10% aller Menschen in einer bestimmten administrativen Einheit gesprochen wird, in wesentlichen Bereichen des öffentlichen Lebens neben Ukrainisch verwendet werden kann – etwa wenn Staatsorgane Rechtsakte veröffentlichen, die Staatsanwaltschaft ermittelt oder im Laufe des kompletten Bildungszyklus vom Kindergarten bis zur Universität. Gerichtsverfahren müssen, bei entsprechendem Antrag einer Partei, selbst dann in der „regionalen“ Sprache abgehalten werden, wenn die andere Partei auf dem Gebrauch der ukrainischen „Staatsprache“ besteht.

Russisch bekommt in dem Gesetzentwurf zwar offiziell keinen anderen Status als zweite Staatssprache neben Ukrainisch, würde aber faktisch neben die ukrainische Staatssprache treten, indem es in wesentlichen Bereichen des öffentlichen Lebens zugelassen wird, die gegenwärtig noch

zwingend ukrainisch sind. Nur formell ist es eine „regionale oder Minderheitensprachen“ – denn vor allem im Osten und Süden der Ukraine sind über 10% der Menschen russischsprachig, wohingegen nur in wenigen Gebieten die anderen Sprachen entsprechend stark vertreten sind (z.B. Rumänisch im Gebiet Tscherniwzi, Ungarisch in Transkarpatien, Tatarisch auf der Krim oder Armenisch in den Gemeinden Kamjanez-Podilskyi und Lwiw).

Den Gesetzentwurf brachten im August 2011 Abgeordnete der regierenden Partei der Regionen, Wadim Kolesnitschenko, ein offen anti-ukrainischer Parlamentarier, und Serhij Kiwalow ein. Letzterer war 2004 Leiter der Zentralen Wahlkommission der Ukraine und spielte eine zentrale Rolle bei den Fälschungen zur Präsidentenwahl, welche die Orangene Revolution auslösten, wie der Wissenschaftler Andrew Wilson vom *European Council on Foreign Relations* in seinem Buch „*Ukraine's Orange Revolution*“ detailliert darlegt.

## Hintergrund

Gemäß der geltenden Verfassung von 1996 und dem „Gesetz über die Sprachen in der Ukrainischen SSR“ von 1989 ist Ukrainisch die einzige „Staatsprache“. Russisch wird im Kontext der „nationalen Minderheitensprachen“ aufgeführt, deren Entwicklung, Gebrauch und Schutz neben der Staatsprache gesetzlich garantiert sind (so Artikel 10 der Verfassung).

Weitere rechtliche Instrumente über Gebrauch und Verwendung der „Staatsprache“ Ukrainisch wurden nie definiert. Das Ukrainische wurde im Laufe von mehreren Jahrhunderten im Russischen und dann im sowjetischen Imperium verfolgt, verboten oder durch offizielle Verordnungen russifiziert.

## Russisch als „regionale oder Minderheitensprache“?

Russisch als Minderheitensprache neben Tatarisch usw. zu stellen, ist ein schlauer Schachzug. Die Partei der Regionen verspricht ihren Wählern seit Jahren, Russisch zur zweiten Amtssprache zu machen. Für eine Verfassungsänderung, die Russisch offiziell zur zweiten Staatsprache neben Ukrainisch macht, ist aber eine Zweidrittelmehrheit im Parlament nötig. Der Umweg über ein Gesetz zu den „regionalen und Minderheitensprachen“ kann mit einfacher Mehrheit gegangen werden. Als Motiv berufen sich die Autoren des Gesetzentwurfs auf die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, die von der Ukraine im Mai 2003 ratifiziert wurde.

## Ukrainisch als Voraussetzung einer nationalen Identität

Nach Ansicht nicht nur ukrainischsprachiger Bürger und Beobachter braucht Ukrainisch staatliche Unterstützung und Förderung, um zu überleben. Das ist vor allem vor dem Hintergrund des Wunsches nach einer eigenständigen ukrainischen nationalen Identität zu verstehen, aber auch angesichts der finanzstarken Förderung der russischen Sprache, etwa durch Unterhaltungsindustrie und Fernsehen.

Bislang sind Ukrainischkenntnisse Voraussetzung für die Ausbildung, so dass die jüngere Generation die Sprache lernen musste. Wenn nun dieser Zwang aufgehoben wird, bedeutet das in der Praxis, dass das Ukrainische zumindest im Süden und Osten der Ukraine ganz außer Gebrauch gesetzt werden kann und höchstwahrscheinlich auch wird. Damit verliert die ukrainische Sprache die

Funktion, eine eigene nationale Identität zu stiften – wenn sie diese über den Westen der Ukraine hinaus jemals hatte.

Ähnlich sieht es auch die Venedig-Kommission des Europarats, die den Gesetzentwurf als Bestreben versteht, den Gebrauch gerade der russischen Sprache zu erweitern. So kritisieren die Rechtsexperten auch, dass der Gesetzentwurf die Rolle der ukrainischen Sprache als einziger „Staatsprache“ in einer ukrainischen multilinguistischen Gesellschaft gefährde und deren integrative Kraft durch die hohen Schutzmaßnahmen gegenüber den anderen regionalen und Minderheitensprachen beeinträchtige. Die Venedig-Kommission erinnert daran, dass es gerade im speziellen Kontext der Ukraine ganz wesentlich sei, eine ausbalancierte Politik zu betreiben, und dass eine solche u.a. angemessene Garantien für die Erhaltung der Staatssprache als ein Mittel zur Integration innerhalb der Gesellschaft erfordere.

## Status quo – Ambiguität am Beispiel der Sprachenfrage

Der ukrainische Schriftsteller und Journalist Mykola Ryabtschuk stellt in einem Meinungsartikel am 24.6.12 fest: „Die Ukraine ist (...) ein Land voller Ambiguität, und die Sprachenfrage ist dafür ein sehr gutes Beispiel.“

Russisch als Minderheitensprache darzustellen, wird seiner tatsächlichen Rolle nicht gerecht. Über 90% aller Tageszeitungen werden in russischer Sprache herausgegeben.



(Foto: Serhij Gorbatschow,  
<https://www.facebook.com/photo.php?fbid=490645294283920&set=a.490645147617268.130647.100000153610067&type=1&theater>)

bringt es auf den Punkt: Die ukrainischsprachigen Bürger haben *de-jure* Privilegien, die sie gern *de-facto* durchsetzen würden. Die russischsprachigen Bürger nutzen ihre *de-facto* Dominanz und würden gern verhindern, dass es zukünftig *de-jure* zu Veränderungen ihres postkolonialen Status kommt. Aber jede Seite empfindet, dass der Staat nicht ausreichend „ihrer“ ist.

Ohnehin haben *de-jure*-Verpflichtungen nicht immer zwingend Bedeutung, was man am Beispiel von Regierungssitzungen sehen kann. Den Vorschriften nach müsste Ukrainisch gesprochen werden. Im Alltag wird das kaum eingehalten. So spricht beispielsweise der Premierminister Asarow

Das Foto zeigt einen Zeitungsstand in der U-Bahnstation „Arsenalna“ in Kiew, 500 Meter entfernt von der *Werkhowna Rada*; die jeweiligen Fahnen verdeutlichen, welche Ausgaben in russischer und welche in ukrainischer Sprache sind. Viele Fernsehkanäle sind ebenfalls überwiegend russischsprachig. Ukrainisch wird in der Hauptstadt Kiew, wo das Alltagsleben russisch dominiert ist, überwiegend von Intellektuellen, für die das Ukrainische häufig identitätsstiftend war, oder von Zugezogenen aus der West-Ukraine gesprochen, und es ist *de-jure* Behördensprache.

Konfliktpotential birgt diese Lösung nicht nur wegen vieler Unklarheiten im Gesetz, sondern auch, weil keine Gruppe wirklich zufrieden gestellt wird. Mykola Riabtschuk

kein Ukrainisch. Ähnlich verhält es sich mit knapp der Hälfte der gegenwärtigen Regierungsglieder.

Das neue Gesetz würde neue Ungewissheiten schaffen. Es bleibt z.B. offen, wer die Entscheidung über die Anwendbarkeit der „regionalen oder Minderheitensprache“ trifft, wenn es eine unterschiedliche prozentuale Vertretung in den verschiedenen großen administrativen Einheiten gibt, also wenn eine Sprache in einer kleinen territorialen Einheit von 10% der Bevölkerung gesprochen wird, diese 10% aber nicht auf der höheren *Oblast* (Gebiets)-Ebene erreicht werden.

Jedoch erscheint auch die gegenwärtige Praxis oft absurd. So werden Journalisten auf Ukrainisch ausgebildet, um dann in ganz überwiegend russischsprachigen Medien arbeiten zu müssen, was zu sprachlichen Unklarheiten und Mängeln führt.

### Einfluss des Kreml – Re-Imperialisierungspolitik?

Ein nicht unwesentlicher Faktor ist auch der Druck des Kremls auf den Ebenen Politik, Kultur, Unterhaltung und Kirche. Als Grundsatz des Kremls zitieren kritische Beobachter in der Ukraine: „Russland endet dort, wo die russische Sprache endet“. Angeblich rufen offizielle Strukturen der Russischen Föderation auch ukrainische Behörden auf, Russisch als zweite Staatssprache einzuführen. In Moskau sieht man das Ukrainische, durchaus zu recht, als Symbol der ukrainischen Eigenständigkeit. Ukrainische Beobachter empfinden die komplette Politik der Partei der Regionen als klar pro-russisch geprägt – außer, wenn es um die Verteidigung der Interessen von heimischen Oligarchen geht.

### Innenpolitische Dimension

Die Partei der Regionen nutzte die Sprachenfrage schon häufiger als Vehikel in der machtpolitischen Auseinandersetzung, insbesondere im Wahlkampf. Gleichwohl stehen nach aktuellen Umfragen z.B. des Rasumkow-Zentrums Sprachprobleme für die Bevölkerung in allen Regionen erst an dreißigster Stelle. Stattdessen interessieren sich die Bürger für soziale und wirtschaftliche Themen. Kein Wunder: Die ökonomische Lage der Ukraine ist desaströs. Die gesamtwirtschaftliche Leistung (BIP pro Kopf) beträgt nur etwa ein Viertel der unmittelbaren Nachbarländer Polen und Russland (nach IMF-Zahlen). Der letzte Vergleich ist besonders bitter für Kiew, denn noch 1989 lag die ukrainische Wirtschaft weit vor der russischen.

Dennoch birgt der Gesetzentwurf großes Konfliktpotential. Über die Abstimmung am 5. Juni im Parlament ist sehr viel berichtet worden. Mindestens 226 Stimmen waren bei insgesamt 450 Parlamentssitzen erforderlich. Beobachter gingen davon aus, dass die regierende Partei der Regionen und die Kommunistische Partei – die in den letzten Parlamentswahlen 2007 zusammen auf 39,8% kamen und eine Mehrheit erst erzielten, nachdem 20 Abgeordnete der Volkspartei Wolodymyr Lytwyns und einige weitere Vertreter der Opposition die Fronten wechselten – mit ihren 202 von 450 Sitzen Schwierigkeiten haben würden, eine Mehrheit zu erzielen. Alle Anderen erklärten nämlich zuvor öffentlich, sie würden keinesfalls für den Gesetzentwurf stimmen.

Auf Beobachtungen von anwesenden Journalisten beruhende Vorwürfe (z.B. des Magazins *Ukrainskiy Tizhden*, das gerade den Gerd Bucerius-Förderpreis Freie Presse Osteuropas 2012 gewonnen hat) richten sich insbesondere gegen den Fraktionsvorsitzenden von BJuT-*Batkiwschtschyna* Andrej Koschemjakin und Wolodymyr Lytwyn, den Parlamentssprecher. Beide hatten sich öffentlich gegen

den Gesetzentwurf starkgemacht, werden jedoch in der Presse wechselseitig beschuldigt, für das diskussionslose erste Durchwinken verantwortlich zu sein. Das Magazin berichtet, dass sowohl die zügige Abhandlung des Gesetzentwurfs im Parlament sowie auch Demonstrationen und ein Polizeieinsatz vor dem Parlament zwischen der Partei der Regionen und einigen Oppositionsangehörigen abgesprochen waren. Bezüglich des Umfallens Koschemjakins verweist der *Ukrainskiy Tizhden* auf dessen familiäre Beziehungen in eine russische Kanzlei in Kiew, deren Gründer eng mit Vertrauten von Russlands Ex-Präsident Dmitrij Medwedjew verbunden sei, die auch alte Gefolgsleuten des aktuellen Präsidenten Wladimir Putin sind (Boris Gryslow und Sergej Mironow); außerdem wirft das Magazin die Frage nach einer im April 2012 fallen gelassenen Korruptionsanschuldigung gegen Koschemjakins Schwager auf.

Interessant sind auch die Nachwirkungen der Abstimmung auf den (neuen) Leiter der Vereinigten Opposition, Arsenij Jatzenjuk von der Partei Front des Wandels. Ihm wird nun in ukrainischen Medien die Fähigkeit abgesprochen, die extra für den Wahlkampf vereinigte Opposition (das neue Wahlgesetz verbietet Blockbildung, so dass Jatzenjuk sich mit seiner Partei als ‚parteilos‘ Julia Timoschenkos *Batkivschtschyna* angeschlossen hat) auch tatsächlich zu führen. Nachdem der Gesetzentwurf verabschiedet wurde, äußerte sich Jatzenjuk geschockt und verwies auf Verrat als einzige Erklärung. In jedem Fall: Anstatt die Partei, die mit Julia Timoschenkos Inhaftierung führungslos ist, glamourös zu erobern und sich als frischer Leiter einer starken Opposition präsentieren zu können, erscheint er nun als von Leuten abhängig, deren Aufgaben und Zielsetzung zweifelhaft sind.

So wundert es wenig, dass die Umfragen in allen Regionen der Ukraine ein großes Misstrauen der Bürger dokumentieren, sowohl gegenüber der Regierung und regierungsnahen Parteien, als auch gegenüber der Opposition. Es mögen beide Lager versucht sein, für die für den 28. Oktober anstehende richtungweisende Wahlentscheidung zu polarisieren, nach der Franklin D. Roosevelt nachgesagten Folgerung „he may be a son of a bitch, but he's our son of a bitch“. Das heißt, die Wähler der Partei der Regionen sollen denken: „Ja, die jetzige Regierung ist schlecht, aber wenigstens sind sie für die russische Sprache.“ Und umgekehrt.

### Konfliktpotential

Die Auseinandersetzung um die Sprache ist in der Ukraine vor allem eine Auseinandersetzung um die nationale Identität und birgt gefährliches Potential zur Spaltung des Landes, gerade auch wenn bezahlte oder sonst artifiziell geförderte Kundgebungen genutzt werden, wie das nach der Berichtserstattung des *Ukrainskiy Tizhden*, am 5. Juni vor dem Parlament der Fall war.

2004 kam es zu separatistischen Tendenzen, als in Sewerodonezk ein Kongress zur Gründung einer Autonomen Südostukrainischen Republik organisiert wurde. Die Entwicklungen der Orangen Revolution waren auch deswegen friedlich, weil die Strategie der Polizei eindeutig defensiv war und Präsident Leonid Kutschma keinesfalls Gewalt anwenden wollte. Es kann nur darüber spekuliert werden, ob das unter einem Präsidenten Janukowytsch, dem alle „Gewaltstrukturen“ unterstellt sind, auch so sein wird.

Der angesehene Direktor des *Penta Center for Applied Political Studies* Wolodymir Fesenko nimmt eine „versteckte sozio-politische Spannung“ in der Ukraine wahr, die „nach den Parlamentswahlen explodieren könne“.

Ähnliche Worte wählt der Aktivist und ehemalige Juschtschenko-Stabschef Oleh Rybatschuk, der die Ukraine mit einem zum Ausbruch bereiten Vulkan vergleicht. Ob solche Befürchtungen zutreffen, wird sich bald herausstellen.

*Miriam Kosmehl ist Projektleiterin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für die Ukraine und Belarus.*

Impressum:

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Bereich Internationale Politik  
Referat für Querschnittsaufgaben  
Karl-Marx-Straße 2  
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung finden Sie unter [www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)